

# Kein Stein bleibt auf dem anderen

## Kulturpolitische Trends in Europa

Michael Wimmer

**Seit Jahren bewegt sich unsere Gesellschaft von einer Krise in die nächste: unsere Finanz-, Wirtschafts- und Immobilienlandschaften geraten aus dem Gleichgewicht. Macht die Krise auch vor der Kultur nicht halt? Verliert die europäische Kulturgemeinschaft zunehmend an Bedeutung? Welche gesellschaftlichen Konsequenzen ergeben sich daraus? Diesen Fragen geht Michael Wimmer nach.**

Das Wiener Burgtheater steckt zurzeit in massiven Schwierigkeiten. Malversationen des ehemaligen Direktors Matthias Hartmann und dessen Kollegen machten deutlich, dass der auf unbedingte künstlerische Autonomie pochende Anspruch auf öffentliche Mittel selbst von einer der zentralen Institutionen des kulturellen Sektors in Österreich nicht mehr automatisch gewährleistet ist. Da ist es nur konsequent, wenn in einem Interview ein prominenter Schauspieler gefragt wurde: „Können Sie sich eine Zeit nach dem Burgtheater vorstellen?“ und dieser die Fragestellung nicht mehr als Tabubruch zurückzuweisen vermochte. Vorbei die Zeiten, als Vorzeigeunternehmen wie das Burgtheater mit einer Bestandsgarantie der öffentlichen Hand für ewige Zeiten ausgestattet waren.

Bereits in den letzten Jahren hat für eine Mehrheit der österreichischen Bevölkerung das Burgtheater nicht existiert. Immerhin machte und macht der überwiegende Teil der Bevölkerung gar keinen Gebrauch von seinen Angeboten. An diesen ungleichen Nutzungsgewohnheiten haben vielfältige kulturpolitische Versuche der letzten Jahre, die großen Häuser im Sinne einer „Kultur für alle“ für neue Zielgruppen zu öffnen nur wenig geändert. Stattdessen deuten bestehende Datenlagen darauf hin, dass dank der aktuellen kulturpolitischen Bemühungen zur Öffnung der traditionellen Kulturtempel versierte Nutzerinnen und Nutzer das Angebot öfter in Anspruch nehmen, während sich das Gros der Nichtnutzerinnen und Nutzer weiterhin nur in den seltensten Fällen dauerhaft für die Nutzung kultureller Angebote gewinnen lässt. Geändert aber hat sich der Grad der Zustimmung staatlicher Umverteilung zugunsten öffentlicher Kunstförderung, die – nach dem letzten Kulturmonitoring aus dem Jahr 2007 – jedenfalls in Österreich in plebiszitärer Abstimmung keine Mehrheit mehr finden würde.

### Gesellschaft und Kultur im Umbruch

Nun mussten vor allem mittel- und osteuropäische Länder nach dem Regimewechsel 1989/90 einen schmerzlichen Zusammenbruch weiter Teile der kulturellen Infrastruktur hinnehmen, ohne dass dies in den anderen Teilen des Kontinents auf nachhaltige Resonanz gestoßen wäre. Mittlerweile zeigen sich die Wirkungen von Sparhaushalten auch in einer Reihe deutscher Kommunen, deren Kultureinrichtungen um den Preis möglicher Schließungen mit anderen Sozial- und Bildungseinrichtungen Mittel konkurrieren.

Ungeachtet dessen kam es nicht nur in Österreich in den letzten Jahren zu einer beträchtlichen Ausweitung des kommerziellen als bzw. medial vermittelten kulturellen Angebotes. Darüber hinaus vermeinten sich viele auf einer „Insel der Seligen“, auf der an den staatlichen Bestandsgarantien nicht gerüttelt würde. Und doch hat sich auch in dieser selbsternannten „Kulturnation“ der Kontext von Kulturproduktion und -rezeption nachhaltig

verändert. Dies betrifft die Religions- und Parteizugehörigkeit der Menschen und den damit in Zusammenhang stehenden demografischen Wandel der nationalen Bevölkerung ebenso wie den Niedergang ganzer Industriezweige oder die massenhafte Implementierung der digitalen Medien. In einer durchschnittlichen Wiener Schule verfügen heute mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler über einen sogenannten Migrationshintergrund. Mit ihren vielfältigen ethnischen, sprachlichen und kulturellen Hintergründen sind sie keine Minderheit mehr, sondern stellen die Mehrheit der Bevölkerung mit allen sozial-, wirtschafts- und auch kulturpolitischen Folgen. Dieser Befund lässt sich unschwer auf viele andere europäische Städte übertragen.

Dazu kommt, dass Europa – in verschiedenen Teilen mit durchaus unterschiedlichen Wirkungen – seit mehreren Jahren an einer Krise leidet, die sich immer weniger auf finanz- und wirtschaftspolitische Fragen reduzieren lässt und stattdessen den Charakter einer umfassenden kulturellen Krise angenommen hat. Äußerlich zeigt sie sich in einem tendenziellen Rückzug staatlichen Engagements, auch und gerade im kulturellen Bereich. Es geht aber möglicher Weise um weit mehr: Das, was wir Krise nennen, beeinflusst zunehmend die Neufassung kultureller Wertvorstellungen des alten Kontinents, die wir mit Modernität, Demokratie und Diversität verbinden.

Dunkle Aussichten: „The Dwarfing of Europe“

2012 wurde das europäische Forschungsinstitut EDUCULT mit Sitz im Wiener MuseumsQuartier vom Österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur mit Recherchen zu aktuellen kulturellen und kulturpolitischen Trends in Europa beauftragt. Kulturpolitische Entscheidungsträger waren vor der nächsten bundesweiten Wahl auf der Suche nach qualifizierten Einschätzungen, was rund um sie passiert und was davon sie allenfalls auf die kulturpolitische Tagesordnung setzen sollten. Die Untersuchung basierte auf einer Reihe von Interviews mit einer Reihe von Meinungsträgern in ganz Europa, die sich in der Theorie und der Praxis mit Kulturpolitik beschäftigen.

Unsere Expedition begann mit einer Konferenz der European Cultural Foundation mit Sitz in Amsterdam: „The Dwarfing of Europe – Dialog zwischen China, Indien und Brasilien?“ Dort stießen wir auf folgendes, nachdenklich stimmendes Zitat: „For centuries Europe considered itself to be the centre of the world. Many of the concepts and institutions that have shaped the Western world – in politics and economics, in philosophy, the arts and literature – have a strong European imprint [...].Over the course the often bellicose 20th-century Europe lost its predominance forever.“

Das ist möglicherweise starker für Tobak alle, die sich als Vertreter einer traditionellen europäischen Kulturgemeinschaft zugehörig fühlen, die – geht es nach diesen Stimmen von außen – zunehmend an Bedeutung verliert. Vorrangig spürbar ist dieser Verlust, wenn es Europa immer weniger gelingt, sich mit einer gemeinsamen Stimme außenpolitisches Gehör zu verschaffen. Aber auch in pragmatischeren Angelegenheiten wie den aktuellen Auseinandersetzungen zur weiteren Liberalisierung des Welthandels im Rahmen von TTIP erfährt Europa die Änderungen im Verhältnis zu den USA, zuletzt noch mehr zu den neuen Global Players China, Indien oder Brasilien, die immer weniger bereit sind, den Anspruch auf eine vorrangig wohlfahrtsstaatlich basierte Kultur als nicht beliebig ökonomisch benutzbares Gemeinschaftsgut als für alle verbindlich gegeben hinzunehmen.

## Kulturpolitik einst als Blüte der Demokratie

Wenn wahr ist, dass die aktuelle Krise die wesentlichen kulturellen Wertvorstellungen berührt, dann zeigen sich diese zuallererst an den allerorten konstatierbaren demokratischen Ermüdungserscheinungen. So sehr den Kontinent im 20. Jahrhundert der fundamentale Konflikt zwischen demokratischen und autoritären Kräften geprägt hat, so schien zumal nach 1989 der Anspruch auf Demokratie die gemeinsame Grundlage für den Fortschritt der europäischen Gesellschaften auf Dauer gestellt. Über kurz oder lang würden alle Nationen dank repräsentativer Demokratie, darüber hinaus der Berücksichtigung der Menschenrechte bzw. einer umfassenden Implementierung von Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrtstaatlichkeit einen Qualitätsschub in den Arbeits- und Lebensverhältnissen erfahren. In diesem Zusammenhang wurde Kulturpolitik ab den 1970er Jahren als ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung demokratischer Errungenschaften gesehen. Verstanden als eine herausragende Form der Demokratisierung mit den Mitteln der Kultur war sie inspiriert vom Leitmotiv der Schaffung einer Welt, in der die Beschäftigung mit (hauptsächlich europäischer) Kunst und Kultur zu einer besseren Welt führen würde.

## Umgeben von Autoritäten

Diese Aufbruchsstimmung scheint fürs Erste vorbei zu sein. Der aktuelle wirtschaftliche Niedergang (freilich ausgehend von einem historisch hohen Niveau) gepaart mit militärischen Schwäche macht deutlich, dass die europäischen Einfluss in der Welt schrumpft. In diesem Zustand stellt Europa kein kultur- und demokratiepolitisches Vorbild der Interessensaustragung mehr dar. Der Kontinent ist mittlerweile umgeben von autoritären und diktatorischen Regimen, die nichts weniger im Sinn haben als die europäischen kulturellen Errungenschaften zu pflegen. Und die Frage ist immer weniger, wie Europa als demokratisches Referenzprojekt für Menschen aus der ganzen Welt attraktiv gemacht werden kann als vielmehr, wie im eigenen Land ihrer Perspektiven beraubte junge Europäer davon abgehalten werden können, sich autoritären Bewegungen anderswo anzuschließen.

Diese Form der wachsenden Demokratiemüdigkeit schlägt sich auch in Europa selbst nieder, wenn Länder wie Ungarn sich als – mit zum Teil heftigen Auswirkungen auf den Kulturbetrieb – „illiberale Demokratien“ (Viktor Orban) nach russischem Vorbild verstehen und rechtspopulistische und rechtsradikale Bewegungen mit dem Schüren ebenso antidemokratischer wie antieuropäischer Ressentiments wesentliche Grundlagen einer spezifischen europäischen kulturellen Verfasstheit untergraben.

## Debatten der Gegenwart und Zukunft: Digitalisierung, Religion und Demografie

Eine der Konsequenzen besteht darin, dass heute niemand mehr ernsthaft daran glaubt, der Staat in seinem gegenwärtigen Zustand wäre noch in der Lage, signifikant zu einer weiteren kulturellen Demokratisierung beizutragen. Statt dessen liegen die Hoffnungen auf der massenhaften Verbreitung der digitalen Medien, die die Produktionsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern nachhaltig verändern und darüber hinaus völlig neue virtuelle Kulturräume schaffen, zu denen Kulturpolitik bislang kaum Zugang gefunden hat.

Nicht unwesentlich erschien unseren Gesprächspartnern auch die gegenwärtig konstatierbare Renaissance der Religionen. Wenn in Europa seit Jahrhunderten ein wesentlicher gesellschaftlicher Konflikt darin bestand, eine hinreichende Trennung von

Kirche und Staat zu gewährleisten (dessen fragile Ergebnisse dem Kulturbereich eine wichtige Aufgabe bei der nationalen und zunehmend auch europäischen Sinnstiftung zugeordnet haben) sind wir heute erneut mit den antidemokratischen Folgen eines zunehmenden Einflusses der Religion nicht nur in Russland, der Türkei oder den arabischen Ländern mit beträchtlichen Folgen auch innerhalb Europas konfrontiert.

Hingewiesen werden soll auch auf die wachsende Bedeutung der Städte, in denen in globalem Maßstab bereits in wenigen Jahren die Mehrheit der Weltbevölkerung leben wird. Diese Konzentrationsprozesse bedingen ein neues Nachdenken über Kulturpolitik, die sich immer weniger nationalstaatlich begründen lässt. Stattdessen mutiert sie zu einem integrierten Politikfeld zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer städtischen „Value Chain“ zur Schaffung von Standortvorteilen im internationalen Wettbewerb. Als solche weiß sie sich in enger Verknüpfung mit anderen Politikfeldern wie Tourismus-, Stadtentwicklungs-, Betriebsansiedlungs-, Wohnbau-, Ausbildungs- oder Verkehrspolitik, die erst im Zusammenwirken die je besondere Attraktion von Städten ausmachen.

### Kulturmarkt und Teilhabe

Wahrscheinlich ist noch nie so viel Kunst produziert (und wohl auch rezipiert) worden wie heute. Die Durchsetzung neoliberaler Positionen hat zu einer beträchtlichen Vermarktwirtschaftlichung des privaten ebenso wie des öffentlichen Kulturbetriebs geführt. Eine der gravierenden Folgen besteht in einer wachsenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse von selbst hoch und höchst qualifizierten Künstlerinnen und Künstlern, deren Existenz im Verhältnis zu einer kleinen Gruppe von zu Reichtum gekommenen Celebrities den Stand wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit auf einem Kontinent repräsentiert. Dieser Umstand wird verstärkt durch den Druck globaler Wettbewerbsverhältnisse, die dabei sind, die wohlfahrtstaatlichen Errungenschaften bei der Umverteilung materieller ebenso wie immaterielle Güter dauerhaft zu unterminieren.

Nicht unterschlagen werden sollen Versuche, im Rahmen bestehender Strukturen neue Governance-Strukturen zu implementieren, die darauf gerichtet sind, nicht nur die Chancen an der Teilhabe an kulturellen Aktivitäten zu erhöhen, sondern darüber hinaus potentielle Nutzer auch in die kulturpolitische Entscheidungsfindung einzubeziehen.

### Feuer für die Kultur?

Ich möchte diese kleine, keineswegs vollständige Tour d'horizon mit einer persönlichen Erfahrung abschließen. Sie stammt aus einer Begegnung mit einer Reihe junger Kulturschaffender aus dem arabischen Raum. Sie zeugen davon, dass bei ihnen die Leidenschaft in der Auseinandersetzung um demokratische Errungenschaften, die in ihren Ländern besonders gefährdet sind, ungebrochen ist. Als eine kulturpolitische Avantgarde repräsentieren sie zurzeit nicht den Mainstream, stattdessen sind sie in ihrem Kampf wesentlich auf Partner angewiesen. Das führt mich zur Frage, ob europäische Kulturpolitiken noch einmal in der Lage sein werden könnten, ein Feuer für die kulturellen Errungenschaften zu entzünden, wenn eine vorrangig auf Bestandsicherung gerichtete Kulturpolitik bereit ist, ihren Frieden zu machen mit dem Befund eines „Dwarfing of Europe“. Und wenn ja: Wie wird dies wohl – mit und ohne Burgtheater – in der Praxis aussehen?

**Michael Wimmer** ist Geschäftsführer des Forschungsinstitut EDUCULT. Darüber ist er als Berater des Europarats, der UNESCO und der Europäischen Kommission in kultur- und

bildungspolitischen Fragen aktiv und lehrt an der Universität für angewandte Kunst und am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaften der Universität Wien.